



öffentlich

Betreff:

Jugend und Wohnen in Potsdam

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 06.01.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
25.01.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in deren Sitzung am 07. März 2012 einen konkreten Vorschlag zu unterbreiten, wie die unmittelbare Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Erarbeitung des Wohnungspolitischen Konzeptes der LHP gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2011, DS 11/SVV/0542, erfolgen soll.

Ziel dieser direkten Beteiligung ist die Aufnahme der Anforderungen dieser Bevölkerungsgruppe an die städtische Wohnungspolitik der kommenden Jahre.

Dabei sollten die dazu bereits erarbeiteten Positionen, z. B. die des Stadtjugendrings, des ASTA und weitere, aufgenommen werden.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die sich immer mehr zuspitzende Situation auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt mit der Folge, dass preiswertes Wohnen immer schwieriger zu erreichen ist, betrifft nicht nur Familien mit Kindern, sondern auch Jugendliche und junge Erwachsene in besonderem Maße.

Diskussionen u. a. um den Erhalt „alternativer“ Wohn- und Lebensprojekte, der geplante Abriss von Studentenwohnheimen zeigen deutlich, dass es eine speziell auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse junger Menschen ausgerichtete wohnungspolitische Strategie in der LHP noch nicht gibt.

Um den sich bereits zeigenden Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken und jungen Menschen eine Perspektive auf für sie bezahlbaren Wohnraum zu geben, ist diesem Aspekt der Wohnungspolitik besondere Aufmerksamkeit zu widmen.